Nachhaltige Finanzpolitik

CDU Stadtverband Bad Rappenau

22. September 2011

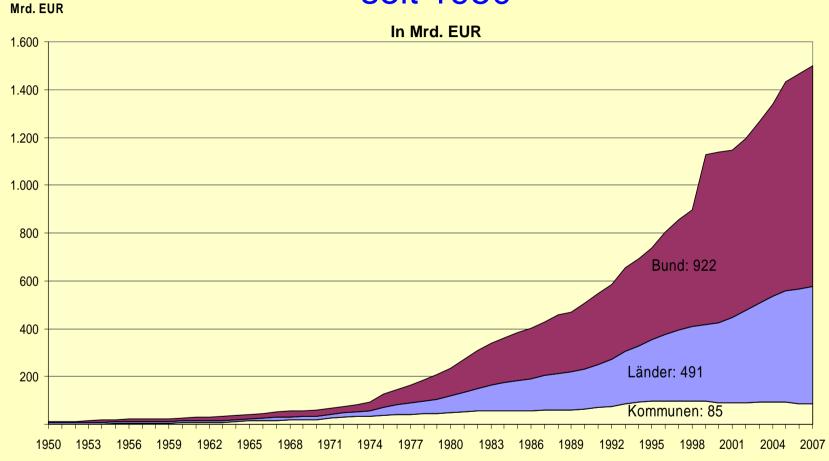
Ministerialdirektorin i.e.R. Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Nachhaltige Finanzpolitik

 Die Ausgaben müssen mit den jeweils zur Verfügung stehenden Einnahmen bestritten werden.

• Bestehende Vorbelastungen sind generationengerecht abzubauen.

Entwicklung der öffentlichen Schulden seit 1950



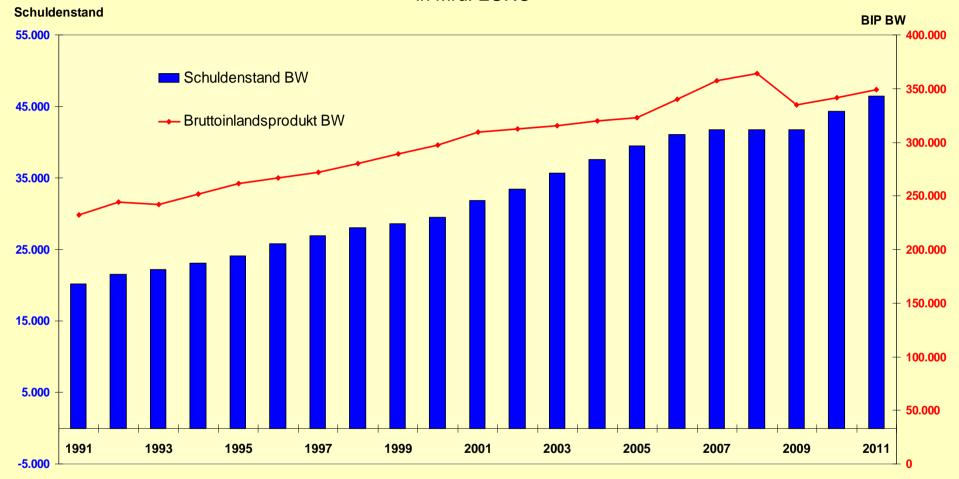
Erläuterungen Schuldenentwicklung Bund:

Einschl. der vom Bund mit übernommenen Schulden, und zwar: Ab 1.1.1980 Lastenausgleichsfonds, ab 1.7.1999 des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds sowie ab 1.1.2005 des Fonds "Deutsche Einheit".

Quelle: Statistisches Bundesamt

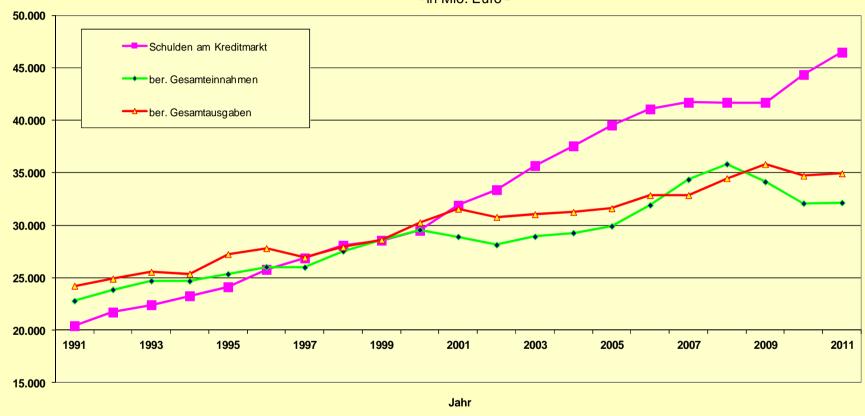
Entwicklung Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt

- in Mrd. EURO -



Quelle: Finanzministerium, Stat. Landesamt

Entwicklung Schulden, Einnahmen und Ausgaben - in Mio. Euro -

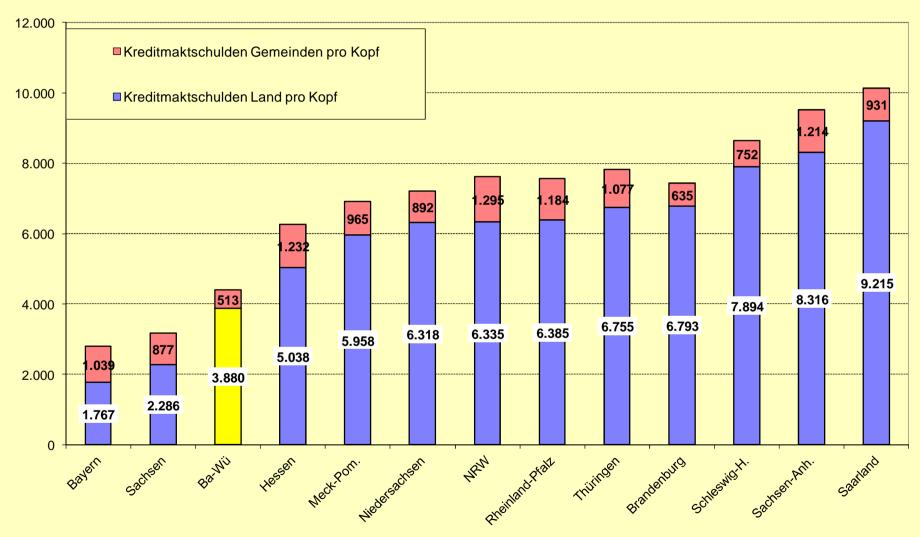


bis 2008 lst-, ab 2009 Soll-Werte

Quelle: Finanzministerium

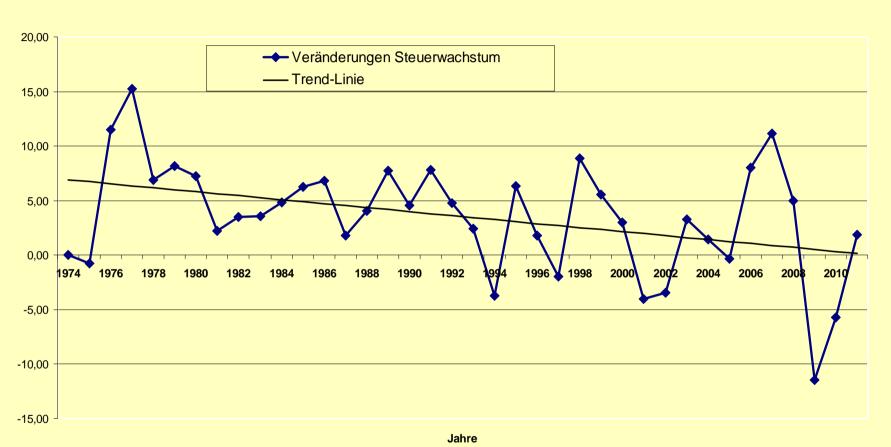
Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer 2008

- in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, ZdL

Einnahmeentwicklung und Steuerwachstum seit 1974



Durchschnittliche Veränderung 1975 - 2011: 3,59 %;

1975 - 1980: **7,92** %

1981 - 1990: **4,52** %

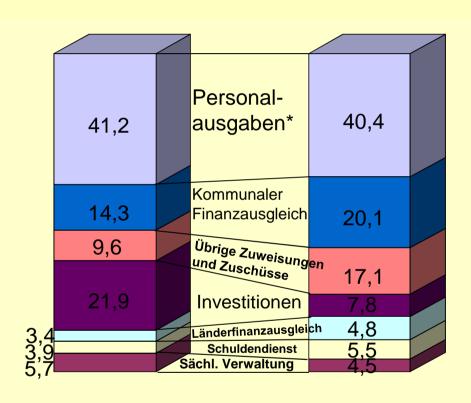
1991 - 2000: **3,42** %

2001 - 2010: 0,17 %

Quelle: Finanzministerium Baden-Württemberg; bis 2008 lst, 2009 bis 2011 Nov.-Steuerschätzung 2009

Ausgabenstruktur der Haushalte 1971 (IST) und 2010 (SOLL)¹⁾ in Prozent

Gesamt: 6,6 Mrd. EUR Gesamt: 34,8 Mrd. EUR



1971 2010

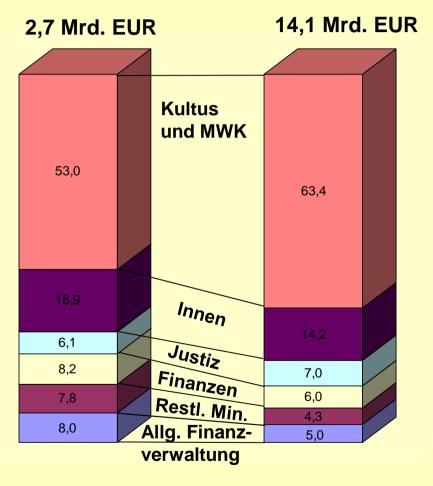
1) (ohne Besondere Finanzierungsausgaben HGr. 9)

Quelle: Finanzministerium Baden-Württemberg

^{*} ohne Landesbetriebe

Verteilung der Personalausgaben auf die Ressorts 1971 und 2010

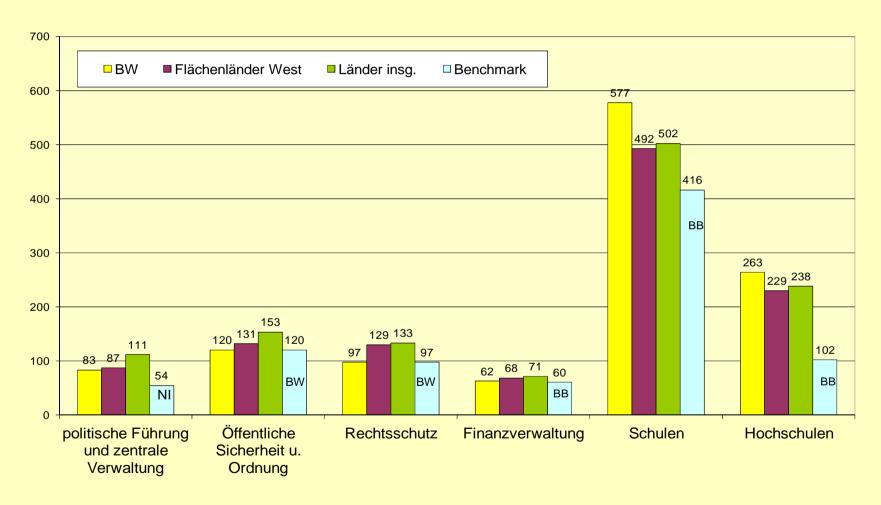
in Prozent



1971 2010

Ausgaben je Einwohner in ausgewählten Aufgabenbereichen

- in EURO -



Quelle: ZdL, AG Haushaltsanalyse (Datengrundlage Ist 2005)

Gründe für die hohe Staatsverschuldung

- Bislang fehlende wirksame Schuldenbegrenzungsregel
- Mangelnde Flexibilität der staatlichen Ausgabenstruktur
- Mangelnde Kenntnis über die Folgen zu hoher Schulden und deren Unvermeidbarkeit
- Problematik der Interessenskollisionen
- Unklare Haltung der Wählerschaft

"Schuldendeckel" in der Landeshaushaltsordnung Baden-Württemberg

§ 18 LHO neu (Gesetz v. 18.12.2007)

- Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.
- Der Ende 2007 erreichte Schuldenstand (41,71 Mrd. €) bildet künftig die Obergrenze der Verschuldung.
- Über diese Obergrenze hinaus können neue Kredite nur aufgenommen werden, wenn die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 1 % sinken oder in Fällen von Naturkatastrophen oder ähnlich schwerwiegenden Situationen.
- Neue Schulden sind im Rahmen eines Tilgungsplans innerhalb von 7 Jahren zurückzuführen.

Neue "Schuldenbremse" im Grundgesetz (Art. 109 GG)

- Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.
- Bund: ab 2016 nur noch Neuverschuldung i.H.v. 0,35 % des BIP zulässig
- Länder: ab 2020 Verbot der Neuverschuldung
- Ausnahmen:
 - Konjunkturkomponente (im Abschwung Defizite, im Aufschwung Überschüsse),
 - Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen.

"Finanzpolitik - das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht."

Manfred Rommel

Vielen Dank für Ihr Interesse!